

# Zivile und militärische Kräfte in Indonesien

O. G. ROEDER

An der Spitze der Republik Indonesien steht als Präsident, Ministerpräsident, Oberster Befehlshaber der Streitkräfte, Inhaber von Sondervollmachten des „Volkskongresses“ ein General. Unter seinen Ministern und engen Ratgebern befinden sich zahlreiche Offiziere. Nahezu alle Provinzgouverneure werden von militärischen Dienstgraden gestellt. Auch auf der unteren Verwaltungsebene überwiegen Militärs oder ehemalige Militärs. In Diplomatie, Wirtschaft und selbst im kulturellen Leben nehmen Berufsoffiziere ebenfalls führende Stellen ein.

Die militärische Gewalt präsentiert sich im heutigen Indonesien auf allen Gebieten, sie dominiert auf dem Felde der Politik. Darüber besteht trotz bagatellisierender offizieller Erklärungen kein Zweifel. Ist Indonesien also ein Militärstaat, oder sogar eine Militärdiktatur?

Diese Frage mag von einem Beobachter von außen, unter Anlegung westlicher Kriterien, bejaht werden; an Ort und Stelle fällt die Entscheidung etwas schwerer. Es paßt schlecht zu der Vorstellung von einer Militärherrschaft, daß die Männer in Uniform von der einheimischen Presse direkt und massiv kritisiert werden können, daß ein Recht zum Widerspruch besteht — wenn auch nur im Rahmen der geltenden Verfassung, die dem jeweiligen Präsidenten eine erhebliche Machtfülle gewährt. Trotz des Drucks radikaler (vorwiegend nichtmilitärischer) Teile der „Neuen Ordnung“ arbeiten die Parteien, Gewerkschaften und Verbände in normaler Weise; im Parlament kommt die Opposition kräftig zu Wort; die Regierung bereitet für das Jahr 1970 allgemeine Wahlen vor, an der die neun bestehenden Parteien teilnehmen werden; es wird nicht „gleichgeschaltet und es gibt weder eine typische junta noch einen caudillo“. Die Gegensätze und Widersprüche in der Gesellschaft kommen öffentlich zum Ausdruck, wenn auch die Opposition begrenzt ist durch die traditionellen indonesischen Verhaltensformen, durch die sogenannte „Pantjasila-Demokratie“ sowie durch die Nachwehen des gescheiterten kommunistischen Putsches vom 30. September 1965.

## Definitionen

In Indonesien wie anderswo versteht man unter Militarismus gemeinhin eine Verhaltensweise gegenüber den öffentlichen Angelegenheiten, die den Krieg und die Vorbereitung des Krieges als das hervorragende Anliegen der Außenpolitik und die höchste Form der Anstrengungen der Staatsbürger begreift. — Diese Definition deckt sicherlich nicht die heutige Wirklichkeit in Indonesien. Zweifellos wird die Öffentlichkeit gegenwärtig mehr durch die Diskussion wirtschaftlicher Fragen be-



wegt als durch Proklamationen und Deklamationen machtpolitischer und ideologischer Art. Die Verlautbarungen der Regierung und ganz besonders Präsident Suhartos zeichnen sich durch eine oft ermüdende Aufzählung wirtschaftlicher Daten und Projekte aus. Das Indonesien der post-Sukarno-Periode befindet sich – mindestens äußerlich – in einer Phase der „Entmilitarisierung“: Die Szene wird nicht mehr von der Uniform beherrscht; die neuen Männer, voran der Präsident, erscheinen bei öffentlichen Anlässen fast durchweg in Zivil, meist mit offenen Kragen; die Truppe ist in die Kasernen, Ausbildungslager und wirtschaftlichen Projekte zurückgekehrt. Diesem Stilwandel soll nicht übertriebene Bedeutung beigemessen werden, aber andererseits dürfen diese Zeichen auch nicht übersehen werden.

Nach einer anderen Definition wird unter Militarismus der übermäßige Einfluß des Militärs auf die Politik verstanden, die Anbetung militärischer Institutionen und Sitten sowie die Durchdringung aller nationalen Angelegenheiten mit einem kriegerischen Geist. Auch diese Begriffsbestimmung wird der heutigen Lage in Indonesien nicht völlig gerecht. Immerhin ist der Hinweis auf den „übermäßigen Einfluß des Militärs auf die Politik“ anwendbar. Was aber heißt „übermäßig“? Hierin klaffen die Ansichten zwischen der liberal-parlamentarischen Schule der westlichen Demokratie und den Stimmen der politisch-militärischen Elite Indonesiens wie vieler vergleichbarer Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas weit auseinander.

Die besonderen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der südlichen Hemisphäre (im Gegensatz zum „reichen Norden“) rechtfertigen, ja erfordern nach Ansicht vieler, auch ziviler indonesischer Programmatiker, eine Beteiligung der Streitkräfte an den Staatsgeschäften. Die von dieser Seite unermüdlich vorgetragene These lautet: „The participation of the Armed Forces of the Republic of Indonesia is no militarism.“ Was aber sagt „participation“ im politischen Alltag?

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Streitkräfte in spätkolonialen und postkolonialen Zeiten ein wichtiges Integrationszentrum für die Entwicklung und Formierung politischer Kräfte darstellen. Teile der Intelligenz finden in der Armee, selbst noch unter den Kolonialherren, ihre persönliche Aufstiegschance wie auch die Geborgenheit der Gruppe. Hier werden ethnische und landsmannschaftliche Besonderheiten, Glaubens- und Rassengegensätze überwunden, so daß die Streitkräfte tatsächlich in der schwierigen Zeit nach Abschüttelung der Fremdherrschaft zur entscheidenden Kraft der Unifizierung und Stabilisierung des Staates werden. Hier stehen gleichzeitig Kader für die Administration, die Wirtschaft, die Diplomatie wie überhaupt für die Modernisierung auf allen Gebieten bereit. Indonesischerseits wird in diesem Zusammenhang durchaus zutreffend ein Satz aus dem Buch „Armies in the Process of Political Modernization“ von Lucien W. Pye zitiert: „As the military is the most modern and best educated and disciplined force in the under-developed countries, its leaders are usually more self-confident than the civilian leaders, they are more realistic and better aware of the backwardness and difficulties in their countries.“ – In diesem Zusammenhang wird auch eine andere Formulierung des amerikanischen Professors über den Nationalismus des Militärs in Entwicklungsländern mit Vorliebe weiterverbreitet: „Not a conservative nationalism as prevailing in the West, but nationalism of a more local character; for instance: anti-colonialism (as in Indonesia and other countries which have won their freedom through armed fighting) or anti-communism (such as Korea, South Vietnam, Thailand and other countries).“



Alle diese nützlichen Hinweise und Erklärungen ersetzen nicht eine klare Definition des gegenwärtigen indonesischen Führungssystems. Auf der Suche nach einer solchen Bestimmung stößt man notwendigerweise auf die vier Modelle politisch-militärischer Eliten, die Professor Morris Janowitz vorgestellt hat („The Military in the Political Development of New Nations“). Neben dem aristokratischen, demokratischen und totalitären Muster nennt Janowitz den „Garnisons-Staat“, den er begrifflich wie folgt umreißt: „The garrison-state is a new pattern of coalition in which military groups directly and indirectly wield unprecedented amounts of political and administrative power. The military retains its organizational independence provided that it makes appropriate alliances with civil political factions.“ — Diese Formulierung hilft weiter, auch wenn die Bezeichnung „garrison-state“ für Indonesien zu grobschlächtig erscheint. Andererseits ist die von indonesischer Seite bevorzugte Klassifizierung „Militärisches Reform Regime“ zu farblos. Und, um es gleich vorauszunehmen, die Streitkräfte haben in Indonesien die „appropriate alliances“ mit der parteifreien Intelligenz und den Technokraten hergestellt, ohne die politischen Parteien zu unterdrücken.

### Grundlagen und Entwicklungen

Die Republik Indonesien wurde am 17. August 1945 von zwei Politikern, Sukarno und Mohammed Hatta, aus der Taufe gehoben. Dieser Termin, zwei Tage nach der Kapitulation Japans, war von militanten indonesischen Kräften unter der Androhung von Waffengewalt gegenüber den zögernden „Zivilisten“ erzwungen worden. Über mehrere Jahre hinweg mußte die Existenz des jungen Staates gleichermaßen mit der Waffe wie mit dem politischen Wort verteidigt werden. Die Kolonialmacht war zurückgekehrt, „linke“ und „rechte“ Extremisten versuchten, die Republik gewaltsam nach ihren Vorstellungen zu formen. So wuchs in einer Ausnahmelage die Bedeutung der Männer mit der Waffe, wie sich in jedem revolutionären Befreiungskrieg die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Gewalt verwischen.

Zum Verständnis des heutigen Regimes in Indonesien ist es unerlässlich, die historischen Voraussetzungen und Entwicklungen des Militärs zu kennen. Die Armee wurde nicht durch eine Verfügung von oben dekretiert, sie formierte sich spontan von unten aus verschiedenen Elementen: aus Untergrundkämpfern, Abenteurern, Entwurzelten, revolutionären Freikorps, bewaffneten Einheiten von Parteien und Organisationen religiöser und ethnischer Provenienz, Jugendverbänden, ehemaligen Soldaten der holländischen Kolonialarmee und der von den Japanern während der Kriegsbesetzung ins Leben gerufenen Freiwilligenmiliz. Die Truppe mußte aus dem Lande leben, sie hatte sich selbst zu ernähren, bekleiden, auszurüsten und zu bewaffnen. So spielten wirtschaftliche Interessen von Anbeginn eine erhebliche Rolle, und auch nach der Konsolidierung der Republik mußte das Militär angesichts chronisch schwacher Staatsfinanzen für einen Teil des Wehretats selber sorgen. Die damaligen Kompaniechefs und Bataillonskommandeure sind heute Generale und Befehlshaber. Sie wurden in einer Zeit geprägt, als der örtliche militärische Führer in Abwesenheit einer funktionierenden staatlichen Verwaltung gleichzeitig Administrator im weitesten Sinne sein mußte.

Bei der Begründung des Anspruchs der Streitkräfte auf „participation“ spielen neben historischen auch verfassungsrechtliche Argumente eine Rolle. Der Ansatz liegt in



der Verfassung von 1945, die in Artikel 2 bestimmt, daß sich der Beratende Volkskongreß als oberste legislative Instanz Indonesiens zusammensetzt aus: a) den Mitgliedern des Repräsentantenhauses (Parlament), b) Delegierten der Regionen und c) Beauftragten der „Gruppen“, nämlich „funktioneller Gruppen“, eine Art „Stände“, die sich aus Vertretern der Intelligenz, der Gewerkschaften, der Jugend, der Frauen usw. und auch aus Vertretern des Militärs zusammensetzen (Heer, Marine, Luftwaffe, Polizei, Veteranen und Zivilverteidigungskräfte).

Die Position der Streitkräfte als funktionelle Gruppe festigte sich in dem Maße, in dem die parlamentarische Demokratie der fünfziger Jahre zugrunde ging und durch Sukarnos System der „Gelenkten Demokratie“ – ein Widerspruch in sich selbst – ersetzt wurde. Sukarno verstand es, sich die politischen Parteien gefügig zu machen oder zu verbieten. Dabei kann nicht übersehen werden, daß zwar Teile des Offizierskorps gegen Sukarno rebellierten (die „Oberstengruppe“ Ende der fünfziger Jahre), während sich jedoch die obere militärische Hierarchie bereitfand, das „Politische Manifest“ des Volkstribunen Sukarno zu unterstützen. Nicht von ungefähr wurde die Doktrin des politisch-sozialen Auftrags der Streitkräfte gerade zu dieser Zeit neu formuliert. Damals erreichte die Politisierung des Militärs einen Höhepunkt, wie andererseits die Politik militarisiert wurde. Unter dem „Zivilisten“ Sukarno, der sich selbst als Bannerträger der fortschrittlichen Teile der Menschheit und als „Marxist à la Indonesia“ darstellte, gebärdete sich Indonesien militaristischer als später unter dem General Suharto.

Gegen Ende der Sukarnozeit, Mitte der sechziger Jahre, hatten sich zwei entscheidende Kräftegruppen im Staat herausgebildet: Die Kommunisten und die Streitkräfte. Dabei zeichnete sich die Kommunistische Partei Indonesiens (die drittgrößte der Welt nach der KP der Sowjetunion und Chinas) durch stärkere innere Geschlossenheit aus, während die Streitkräfte das Privileg des Waffenbesitzes besaßen, das ihnen allerdings am Vorabend des kommunistischen Putsches vom 30. September 1965 durch die geplante Errichtung einer bewaffneten Volksmiliz streitig gemacht werden sollte. Beide Opponenten entsprachen einander in militanter Haltung und politischem Engagement.

Der unvermeidbare Zusammenstoß wurde durch den Putsch vom 30. September 1965 ausgelöst. Auf der einen Seite standen „revolutionär-progressive“ Offiziere, vor allem der Luftwaffe und der Marine, vereint mit der Kommunistischen Partei, auf der anderen Seite die im Kern antikommunistischen Streitkräfte, vor allem die Armee, denen sich als politische Kräfte die spontan gebildeten „Aktionsfronten“ – nicht die Parteien – zugesellten. Abgesehen von einigen Ausnahmen konnte sich damals die Masse der etablierten Parteiführer nicht aus ihrer Erstarrung lösen, eine große Chance war vertan.

Der bis zum Putsch völlig unbekannt und politisch unbedeutende General Suharto wäre in den stürmischen Wochen und Monaten von Ende 1965 bis Anfang 1966 in der Lage gewesen, sich als ein revolutionärer Volkstribun unter der vollen Zustimmung der politisch bewußten und aktiven Teile des Volkes an die Spitze des Staates zu stellen. Er hat dies zur Enttäuschung der jungen Offiziere und der Aktionsfronten nicht getan, sondern – mindestens formal – den konstitutionellen Weg zum Präsidenten gewählt. Suharto dämpfte den revolutionären Aufbruch, er widerstand dem Drängen radikaler Elemente, die „korrumpierten und korrupten“ Parteien, vor allem die große Nationalpartei, die Partei Sukarnos, zu verbieten.



### Das Ausmaß der „participation“

Suharto, nicht zu Unrecht als ein „Zauderer“ bezeichnet, fand sich andererseits überraschend schnell in seine politische Rolle hinein. (Auch das vielleicht ein Beweis dafür, wie stark das politische Element in einem sonst „unpolitischen“ indonesischen Berufsoffizier angelegt ist.) In der schwierigen Periode eines vorerst unentschiedenen Dualismus mit Sukarno gelang es Suharto, Vertreter der „Neuen Ordnung“, seine Macht, oder soll man sagen: die Macht der Armee?, zu stabilisieren. Das am 25. Juli 1966 formierte Ampera Kabinett umfaßte 24 Minister, davon stellte das Militär 12. Von insgesamt 20 Generalsekretären der Ministerien stellten die Streitkräfte 11 und von 64 Generaldirektoren 23. Wichtigen Kabinettsitzungen gingen damals Kommandeursbesprechungen voraus, die richtungweisende „Empfehlungen“ gaben.

Die völlige Ausschaltung Sukarnos und die Konsolidierung der „Neuen Ordnung“ machte es möglich, das im Juni 1968 gebildete Entwicklungskabinett nicht nur personell, sondern auch strukturell umzuformen: Unter insgesamt 23 Ministern befanden sich nun nur noch sieben Militärs, während fast die Hälfte der Minister von den Lehrstühlen der Universitäten kamen. Dabei haben offensichtlich nicht nur innenpolitische Überlegungen eine Rolle gespielt, sondern auch die Rücksicht auf die öffentliche Meinung des nichtkommunistischen Auslands, vor allem Amerikas. Die realistischen und pragmatischen Minister des Entwicklungskabinetts sind davon überzeugt, daß die wirtschaftliche Rehabilitierung des Landes ohne die Hilfe der USA nahezu unmöglich ist.

Das gegenwärtige politische System Indonesiens ist auf höchster Ebene durch das Bündnis der Reformoffiziere mit hervorragenden Vertretern der Wissenschaft und der Technik gekennzeichnet. Die politischen Entscheidungen liegen vorrangig bei den Offizieren, während die zivile Seite auf wirtschaftlichem Gebiet weitgehend freie Hand hat und auch bei unpopulären, aber volkswirtschaftlich notwendigen Entscheidungen von der militärischen Gewalt voll unterstützt wird. Im übrigen wird wirtschaftlichen Entscheidungen im heutigen Indonesien oft größere Bedeutung zugemessen als politischen Deklamationen.

Diese Zusammenarbeit auf höchster Ebene hat bei der wirtschaftlichen Stabilisierung und Rehabilitierung des Landes zu ganz erstaunlichen Erfolgen geführt. Dagegen treten auf mittlerer und unterer Ebene beträchtliche Spannungen zutage, so z. B. bei der Durchführung des Fünfjahresplanes. Hier spielen personelle Rivalitäten eine große Rolle, die durch die Ineffizienz des zivilen wie des militärischen Apparates verstärkt werden. Diese Spannungen lassen sich nicht simpel auf den Nenner „Zivil contra Militär“ bringen. Vielmehr bestehen innerhalb der Streitkräfte partikuläre Interessen verschiedener Truppenteile und Militärbereiche, es gibt Fraktionen und Ansätze einer Fronde. Wenn der heutigen Regierung Gefahren drohen, dann nicht von seiten enttäuschter Zivilisten, sondern aus den Reihen ehrgeiziger und eigennütziger, dienstälterer Generale oder idealistischer jüngerer Offiziere, die Suharto vorwerfen, gegenüber „korrupten Politikern und Generalen“ zu nachsichtig zu sein. Diese oppositionellen Bestrebungen haben durch die umfassenden personellen und strukturellen Veränderungen im Bereich der Streitkräfte (Ende 1969) einen erheblichen Rückschlag erlitten. Aufkeimende Proteste im zivilen Bereich hat Präsident Suharto Anfang dieses Jahres durch die Ernennung des früheren Vize-



präsidenten der Republik, Dr. Mohammed Hatta, als seinen Berater zu begegnen gewußt. Diesem untadeligen Politiker steht zur Untersuchung von Korruptionsfällen eine vierköpfige, ebenfalls aus zivilen Persönlichkeiten bestehende Kommission zur Verfügung. Andererseits gibt es auch hier eine „participation“ des Militärs, und zwar in der Person des Sekretärs der Kommission — einem Generalmajor der Armee.

Die Regierung Suharto hat es bisher verstanden, die inneren Spannungen, die über den Gegensatz Zivil—Militär weit hinausgehen, durch eine wohl dosierte Mischung von sanfter Gewalt und javanischer Überredung nahezu perfekt unter Kontrolle zu halten. Die künftige Entwicklung steht im Zeichen der allgemeinen Wahlen, die auf Grund eines Beschlusses des Volkskongresses zunächst spätestens am 5. Juli 1968 durchgeführt werden sollten, aber mangels eines Wahlgesetzes verschoben wurden und nunmehr für „spätestens 5. Juli 1971“ anberaumt sind. (Während das Mandat General Suhartos als Präsident bis 1973 weiterläuft.) Das nach jahrelangen Auseinandersetzungen im Parlament schließlich zustandegekommene Wahlgesetz steht zweifellos nicht im Einklang mit den Vorstellungen und Prinzipien der westlichen parlamentarischen Demokratie; es reflektiert zugleich das besondere Verhältnis ziviler und militärischer Kräfte in Indonesien.

An den kommenden Wahlen dürfen sich nur die zugelassenen neun politischen Parteien beteiligen — vier islamische Parteien, zwei nationalistische, zwei christliche und eine „proletarische“ Partei — sowie die funktionellen Gruppen, die in einem zentralen Sekretariat zusammengefaßt sind. Ehemalige Kommunisten sowie sonstige „links“- oder „rechts“-extremistische Kreise, die sich nicht zur Staatsdoktrin Pantjasila bekennen, besitzen weder das aktive noch das passive Wahlrecht. (Pantjasila, die fünf Pfeiler, bestehen aus dem Glauben an den einen, mächtigen Gott, Humanität, Nationalismus, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Unter Pantjasilademokratie wird eine Staatsform verstanden, die auf den fünf Pfeilern beruht, den besonderen Bedingungen Indonesiens angepaßt ist und sich ebenso von der „westlichen“ liberalen Demokratie wie von „östlichen“ totalitären Systemen unterscheidet.)

Besonderes Interesse verdient der starke Anteil, den das militärische Element — als soziopolitische Kraft — in den legislativen Körperschaften einnehmen wird. 22 Prozent aller Mitglieder des Parlaments und ein Drittel aller Angehöriger des Volkskongresses werden durch die Regierung ernannt. Dabei handelt es sich um Militärpersonen oder um dem Militär nahestehende Vertreter, da die Angehörigen der Streitkräfte weder aktiv noch passiv an den Wahlen teilnehmen dürfen.

Die starke Vertretung der Streitkräfte in den gesetzgebenden Körperschaften hat innerhalb wie außerhalb viel Kritik ausgelöst. Die Regierung macht demgegenüber geltend, daß sich das umstrittene Wahlgesetz zumindest nicht im Gegensatz zur Verfassung von 1945 befindet. Die Verfassung enthält keine Bestimmungen über den Wahlmechanismus für das Zustandekommen von Volkskongreß und Parlament. Es wird lediglich in Artikel 6 festgelegt, daß der Volkskongreß den Präsidenten und Vizepräsidenten der Republik durch Mehrheitsbeschluß wählt.

Militärherrschaften sind auch in Asien nicht für die Ewigkeit geschaffen. Nur die Zukunft kann lehren, wann sich die zivilen Elemente in Indonesien stärker durchsetzen werden.